

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Corona erfordert weiterhin Schutz, Rücksichtnahme und Impfen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die epidemische Lage in Mecklenburg-Vorpommern derzeit sehr angespannt ist. Nie war die Zahl infizierter Personen höher. Das öffentliche Gesundheitssystem und insbesondere die Krankenhäuser sowie die niedergelassenen Ärzte und viele Pflegeeinrichtungen drohen zu überlasten, da neben einem stark erhöhten Patientenaufkommen sich auch eine große Anzahl an Mitarbeitenden infiziert und nicht einsatzfähig ist.
2. Der Landtag dankt den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer sehr großen Mehrheit in der mittlerweile zwei Jahre andauernden Corona-Pandemie an die jeweils geltenden Maßnahmen gehalten und teils massive Einschränkungen akzeptiert haben, um sich selbst, ihre Angehörigen und Mitmenschen zu schützen. Dank ihres umsichtigen Verhaltens konnte eine noch deutlich höhere Zahl von Opfern der Pandemie vermieden werden.
3. Der Landtag appelliert an die Eigenverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger, weiterhin die persönlichen Schutzmaßnahmen, wie Maske, Selbst- bzw. Schnelltest und Einhaltung des Abstandsgebots, konsequent einzuhalten, um sich und andere zu schützen. Ein besonderes Augenmerk, auch der Politik, muss dem Schutz vulnerabler Gruppen gelten.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zusammen mit der Bundesregierung einheitliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Anwendung von Arbeitsquarantäne von infizierten, aber symptomfreien Beschäftigten zu erarbeiten.

5. Dem Landtag ist bewusst, dass bei Fortführung von Schutzmaßnahmen für manche Branchen nicht auszuschließen ist, dass es weiterhin zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen kommt. Mit Überbrückungshilfe und Kurzarbeitergeld stehen den Unternehmen die zentralen Hilfsinstrumente bis zum 30. Juni 2022 zur Verfügung. Der Landtag begrüßt den Beschluss der Landesregierung, die Zins- und Tilgungsfreiheit in der Corona-Liquiditätshilfe nochmals zu verlängern und damit mindestens bis zum 31. Oktober 2022 zusätzlich Liquidität in den Unternehmen zu belassen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage fortlaufend zu beobachten und erforderlichenfalls weiter nachzusteuern. Zudem soll für den Einzelhandel die Pflicht zur Nutzung einer FFP2-Maske entfallen und nur noch eine medizinische Maske verpflichtend sein.
6. Der Landtag fordert außerdem die Landesregierung auf, auch in dem Bereich der Kunst und Kultur die existierenden Unterstützungsprogramme zur Abmilderung der wirtschaftlichen Corona-Folgen fortzusetzen. Zudem soll mit den Vertretern von Festivals, Clubs und Diskotheken die Umsetzung geeigneter Schutzmaßnahmen und Optionsmodellen (3G, 2G, 2G+) geprüft werden. Für die Gastronomie soll ein Wegfall der 3G-Regelung zu Ostern geprüft werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch unter Berücksichtigung der Infektionszahlen das Kindeswohl bei allen Maßnahmen in der Pandemie in besonderem Maße zu berücksichtigen. Kinder und Jugendliche waren und sind durch die Folgen besonders stark belastet. Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund den aktuellen Beschluss der Kultusministerkonferenz, wonach in den kommenden Wochen ein vorausschauender und behutsamer Weg zurück in die Normalität zu verfolgen ist, bei dem die weitere Entwicklung der Pandemie stets achtsam im Blick gehalten werden muss.
8. Der Landtag appelliert weiterhin an alle Bürgerinnen und Bürger, sich impfen und boostern zu lassen, da ein konsequenter Impfschutz vor schweren Krankheitsverläufen schützt.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion